

Newsletter aus Europa No. 7 (Juni 2010)

In diesem Newsletter finden Sie:

- » Aktuell aus Straßburg
- » Aktuelles aus den Ausschüssen
- » Aktuelles aus den Delegationen
- » Was macht eigentlich das Büro von MdEP...?
- » Termine - Rückschau
- » Termine - Vorausschau
- » Aus dem "EU-Jargon"
- » Kontakt & Impressum

Aktuell aus Straßburg

Tierversuchsrichtlinie

Am 8. September sprach sich das Europäische Parlament für die überarbeitete Richtlinie zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere, kurz Tierversuchsrichtlinie, aus. Sicherlich ist die neue Version fortschrittlicher als die alte Richtlinie aus dem Jahr 1986. Wenn man sich allerdings vor Augen führt, welche enormen wissenschaftlichen und technischen Fortschritte in den letzten 24 Jahren erreicht wurden, fallen die Maßnahmen zur Vermeidung von Tierversuchen mager aus. Es gibt zu viele Ausnahmeregelungen, die Formulierungen sind weich und lassen zu viel Interpretations- und Umsetzungsspielraum. Absurd ist auch die Tatsache, dass Mitgliedsstaaten keine höheren Schutzmaßnahmen als die von der EU vorgegeben erlassen dürfen. Als Begründung werden Marktverzerrungen angegeben. Das sendet sowohl Bürgern als auch der Forschung und Industrie ein falsches Signal. Zum einen muss der Staat dem veränderten ethischen Bewusstsein von Bürgern Rechnung tragen. Zum anderen muss mehr Druck auf Forschung und Industrie aufgebaut werden. Keiner will den Forschungsstandort gefährden, aber Investitionskosten dürfen kein Argument sein, um die Weiterentwicklung und Anwendung tierversuchsfreier Methoden zu verschieben.

Die überarbeitete Richtlinie enthält neue Tierschutzstandards bezüglich Schmerzempfinden, Stressfaktoren und artgerechten Haltungsbedingungen. Ziel ist die Vermeidung, Verminderung und Verbesserung von Tierversuchen. In sieben Jahren soll die Richtlinie erneut überprüft werden.

Wer weiß, was ACTA ist?

Erst SWIFT, dann ACTA. Einmal mehr wird das tägliche Leben der Bürger durch ein internationales Abkommen beeinflusst werden - ohne dass sie davon wissen. Einmal mehr fanden die Verhandlungen in großer Verschwiegenheit statt, so dass man nicht einmal weiß, wo sie gerade stehen. Aber jetzt von vorne: ACTA steht für **Anti-Counterfeiting Trade Agreement** und ist einigen als Anti-Piraterie Abkommen bekannt. Es soll dazu dienen, Produktfälschungen und Medienpiraterie zu bekämpfen, was viele um ihre zuhause heruntergeladenen Musikdateien fürchten lässt. Doch neben dem Urheberrecht, geht es auch um Patentrechte und geistiges Eigentum. Könnte es nun also so weit kommen, dass MP3-Player und ipods an Grenzen auf illegal erworbene Inhalte überprüft werden? Machen sich Internet-Provider der Mittäterschaft schuldig? Wird unsere Internetverbindung gekappt? Um ein solches Szenario zu vermeiden setzt sich die ALDE-Fraktion in einer schriftlichen Erklärung dafür ein, dass Rechte des geistigen Eigentums nicht über die Grundrechte, wie freie Meinungsäußerung, Privatsphäre und Datenschutz, gestellt werden. Internetprovider sollen nicht für die Daten haftbar gemacht werden, die sie über ihre Dienste übermitteln oder anbieten. Was wir auch nicht vergessen dürfen, ist, dass ACTA sogar Auswirkungen auf die Verfügbarkeit erschwinglicher Arzneimittel in Entwicklungsländern haben würde, wenn überzogene Urheber- und Patentrechte zur Anwendung kämen. Diese Erklärung wurde am Dienstag mehrheitlich, mit Stimmen der verschiedensten

Editorial



Liebe Europa-Interessierte,

in der ersten Sitzung des Europaparlamentes ging es mit neuem Elan ans Werk. Über den Sommer hatten sich einige Themen, wie z.B. das Schicksal der Roma, angestaut, die Vielen unter den Nägeln brannten. Um alle Themen behandeln zu können, wird es im September noch eine zweite Sitzung in Straßburg geben - der Wanderzirkus geht also wie gewohnt weiter.

Zudem fand Barroso's erste Rede zur Lage der Europäischen Union statt: ein neues Konzept (zumindest in der EU), aber trotzdem wenig inspirierend.

Alle heimgekehrten Urlauber möchte ich noch einmal auf die anstehende Straßburgfahrt aufmerksam machen. Hinweise dazu finden Sie auf meiner Webseite www.europahirsch.eu.

*Ihre
Nadja Hirsch*

Newsletter aus Europa No. 7 (Juni 2010)

Fraktionen, angenommen, was beweist, welch hohen Stellenwert die Transparenz und die Wahrung der Grundrechte innehaben.

Faire Einkommen für Landwirte

Am Dienstag hat das Europäische Parlament einem eigenen Bericht des französischen Abgeordneten José Bové (Grüne) zur Verbesserung der Einkommen von Landwirten zugestimmt. Seine Forderungen tragen der schwierigen Lage der Landwirte in der EU Rechnung, die sich mit steigenden Produktionskosten bei gleichzeitig sinkenden Erzeugerpreisen konfrontiert sehen. Seine Lösungen allerdings greifen teils stark in die Mechanismen eines freien Marktes ein, vor allem wenn er Erzeugergemeinschaften Sonderkonditionen einräumen will und eine europäische Überwachung der Lebensmittelpreise fordert. All dies führt zwangsweise zu noch mehr Regulierungen, die die Landwirte zusätzlich belasten. Vielmehr sollte die Wettbewerbsfähigkeit von Landwirten gestärkt werden, damit diese sich auch im globalen Markt durchsetzen können.

Laut europäischem Statistikamt Eurostat ist das durchschnittliche Einkommen von Landwirten im Jahr 2009 um 11,6 Prozent gesunken. Die Kommission nahm diese Preisentwicklung und die daraus resultierenden Marktverzerrungen in der Lebensmittelkette zum Anlass, eine höhere Preistransparenz zu fordern und die Beziehungen zwischen den einzelnen Akteuren zu verbessern. Der Bericht des Abgeordneten Bové wird zwar in Form einer Entschließung des Parlaments an die Kommission übermittelt, hat aber keinerlei gesetzliche Auswirkungen.

Rede zur Lage der Europäischen Union

Dem amerikanischen Modell der "State of the Union address" folgend hielt Kommissionspräsident Barroso am Dienstag eine Rede zur Lage der Europäischen Union. Darin sprach er die fünf großen Aufgaben an, mit denen sich die EU im kommenden Jahr konfrontiert sieht:

- Bewältigung der Wirtschaftskrise und vernünftige Steuerung der Wirtschaft
- Wachstumsbelebung zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch beschleunigte Umsetzung der Reformagenda Europa 2020
- Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
- Aufnahme der Verhandlungen über einen modernen EU-Haushalt und
- Stärkung der Rolle der Union auf dem internationalen Parkett.



© European Commission

Zu jedem dieser Themen gab er einen Überblick über die derzeitige Situation und die Maßnahmen, die ergriffen wurden und im nächsten Jahr verstärkt zum Einsatz kommen sollen. Aktuelle Themen, wie die Situation der Roma und die Zukunft der Eurozone, griff er nicht auf oder nur indirekt. Die Reaktionen der Abgeordneten fielen - von "wenig visionär" bis "nicht gerade inspirierend" - eher bescheiden aus. Wenn Barroso das Gesicht der EU werden will, muss er sich nächstes Jahr ins Zeug legen und die EU auf Kurs bringen. Sonst droht der ewigen Diskussion um die Zukunft der EU dasselbe Schicksal, wie dem Link auf der Webseite Barroso's zu seiner eigenen Rede: der führte nämlich am Dienstag ins [Nichts](#). Seine Rede lässt sich dann aber doch an [dieser Stelle](#) finden.

Roma

Ein Thema, das vor allem letzte Woche in den Schlagzeilen von sich Reden gemacht hat, war das Schicksal der Roma in Frankreich. Dieses Jahr allein sollen etwa 8.000 Roma ausgewiesen und hunderte von Camps aufgelöst worden sein. Dieses Vorgehen hatte Kritik seitens der Europäischen Kommission und eine heiße Debatte über die Grenzen hinweg ausgelöst. Verfechter der Freizügigkeit als eine der größten Errungenschaften der EU stehen jenen gegenüber, die sich auf das Recht der Mitgliedstaaten berufen, EU-Bürger - denn das sind die Roma aus Rumänien und Bulgarien - auszuweisen aufgrund der "Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder Gesundheit". Frankreich verweist zudem noch auf die Pflicht, sich bei einem Aufenthalt von mehr als drei Monaten sozial versichern zu müssen. Das wäre bei den abgeschobenen Roma nicht der Fall gewesen. Die ALDE hat gemeinsam mit den Fraktionen der Sozialisten, Grünen und Linken

Newsletter aus Europa No. 7 (Juni 2010)

Entschließungsantrag verfasst, der auf das Recht der Freizügigkeit verweist, sowie eine Stigmatisierung und Diskriminierung der Roma verdammt. Dieser Text wurde heute angenommen.

In der Zwischenzeit kam es zu zwei großen Treffen zwischen französischen Ministern und den Kommissarinnen Reding und Malmström (am 31. August) und einem Treffen der europäischen Innenminister (am 6. September). Dort wurde auch das Thema Asyl besprochen und die Rufe nach einem harmonisierten Asylsystem wurden lauter.

Aktuelles aus den Ausschüssen

Freier zu kriminalisieren hilft nicht, den Menschenhandel zu bekämpfen

Wenn es nach einer Mehrheit aus konservativen und sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten und dem Frauenausschuss ginge, würden Freier künftig bestraft werden, wenn sie beim Besuch einer Prostituierten erwischt werden, die Opfer von Menschenhandel ist. Was auf den ersten Blick gut klingt, ist praktisch überhaupt nicht durchsetzbar. Denn Freier werden sich kaum Ausweispapiere oder Aufenthaltsgenehmigungen vorlegen lassen. Zudem ist damit zu rechnen, dass Freier sich auf Nichtwissen berufen - und wie soll das juristisch widerlegt werden können.

Was so aussieht, als ob es den Opfern von Menschenhandel hilft, erschwert in Wahrheit die Bekämpfung des Menschenhandels. Denn wird der Freier zum Beschuldigten in einem Strafverfahren kann er schweigen oder die Auskunft verweigern. Dadurch gehen wertvolle Informationen verloren und Freier würden darauf verzichten, der Polizei einen Hinweis zu geben, um sich selbst nicht in Schwierigkeiten zu bringen.

Der Standpunkt des Ausschusses wird nun in die weiteren Verhandlungen mit der Europäischen Kommission und dem Rat einfließen. Dieser "Trilog" unter den drei Parteien kann erfahrungsgemäß Wochen, wenn nicht sogar Monate dauern. Mit einer Abstimmung im Plenum ist daher frühestens Ende des Jahres zu rechnen.

Aktuelles aus den Delegationen

Kroatien: Vorbereitungen auf dem Weg in die EU

Kroatien setzt sich mit Nachdruck für die Erfüllung aller Kriterien ein, die dem Land endgültig den Eintritt in die EU gewähren werden. Parallel dazu laufen die Vorbereitungen einer öffentlichen Kampagne an, die die Bevölkerung über den bevorstehenden Beitritt informieren soll. Denn um der EU beizutreten, müssen die Bürgerinnen und Bürger des Landes diesem Schritt in einem Referendum zustimmen. Nach einer Verfassungsänderung bedarf es der Zustimmung von mehr als der Hälfte derer, die am Referendum teilnehmen. Zuvor hätten es 50 Prozent aller registrierter Wähler sein müssen. Angesichts der Tatsache, dass viele Kroaten nicht in Kroatien selbst wohnen, wäre dies so gut wie unmöglich gewesen.

Der kroatische Staatssekretär für Belange der Europäischen Union, Anderj Plenkovic, sagte, dass Ziel der Kampagne sei es, den Bürgern drei Dinge zu erklären: was ist die Europäische Union heute, was hat Kroatien im Verlauf der Verhandlungen gewonnen und was sind die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft.

Was macht eigentlich das Büro von MdEP...

Morten Løkkegaard

Morten Løkkegaard ist stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Kultur und Stellvertreter im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. In den Delegationen ist er als Mitglied mit den Beziehungen zu Südafrika und als Stellvertreter mit den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten befasst. Morten Løkkegaard ist seit 2009 als dänischer Abgeordneter der liberalen Venstre Partei im Europäischen Parlament vertreten. Davor war von 1988 bis 2005 als Journalist für verschiedene Medien tätig und seit 2005 führt er eine Agentur, die Kommunikationsdienstleistungen anbietet.



Newsletter aus Europa No. 10 (September I 2010)

1. Als Vize-Vorsitzender des Kulturausschusses haben Sie erst kürzlich auf eigene Initiative hin einen Bericht zum Thema "Journalismus und Neue Medien - Schaffung eines europäischen öffentlichen Raums" vorgelegt, der diese Woche in Straßburg abgestimmt wurde. Sie selbst waren Journalist. Warum sind manche Medien Ihrer Meinung nach so unwillig, mehr über die EU zu berichten?

Zu allererst setzen sich viele Journalisten nur ungern mit der EU auseinander aufgrund der Komplexität und der technischen Einzelheiten ihrer "News-Stories". Ein weiterer Grund ist der Mangel an Konfliktkriterien und journalistischen Kriterien im Allgemeinen. Traurigerweise ist dies weit von der Wahrheit entfernt. Wie Journalisten, die in Brüssel arbeiten, wissen, gibt es eine Vielzahl von Konflikten in den EU-Institutionen, über die täglich berichtet werden kann. Und da fast die gesamte Gesetzgebung, die aus Brüssel kommt, auf nationaler Ebene widergespiegelt wird, gibt es unzählige Gründe für sie, hier zu sein. Letztlich gibt es eine sowohl mentale wie auch geographische Distanz unter den meisten Bürgern, wenn es um EU-Fragen geht - und dieser Herausforderung müssen wir uns annehmen.

2. Sie sind stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Gibt es irgendetwas, das die EU Ihres Erachtens von der Regierung dieses Landes lernen könnte, was die Kommunikation mit den Bürgern angeht?

Das beste Beispiel ist die Facebook-Kampagne, die er im Wahlkampf gefahren hat. Ich glaube, dass dies ein erstklassiges Beispiel dafür ist, wie Social Media dazu genutzt werden kann, Bürger einzubinden und mit ihnen zu diskutieren.

3. Welche aktuelle europäische Frage ist aus Ihrer Sicht als dänischer Abgeordnete des Europäischen Parlaments derzeit von großer Relevanz und wieso?

Die vollständige Umsetzung des Binnenmarkts ist ein wesentliches Instrument, um Europa aus der Krise herauszubringen. Es gibt es riesiges, ungenutztes Potential und wenn Mitgliedstaaten hart an der pünktlichen und effektiven Umsetzung der EU-Gesetzgebung arbeiten, brächte ihnen das riesige Vorteile.

4. Wenn Sie die Bürger in Bayern mit maximal 2 Sätzen davon überzeugen könnten, Ihren Wahlkreis zu besuchen, welches wären Ihre Argumente?

Mein Wahlkreis ist Århus und Djursland (der westliche Teil von Dänemark), und ich würde die Menschen dazu ermutigen, sich die authentische Stadt Århus anzusehen, sowie die wunderschöne Landschaft und Natur von Djursland. Letztlich ist es eine starke, liberale Basis, in der viele traditionelle Venstre-Wähler [die liberale Partei Dänemarks] leben :-)

Termine - Rückschau

27. August	Schirmherrin für die Tennis-Kreismeisterschaften	Füssen
30. August	Beginn der Parlamentsaktivitäten: Fraktionswoche	Brüssel
1. - 3. Sept.	FDP Bezirkstagsfraktion auf Besuch in Brüssel	Brüssel
3. Sept.	Treffen des Juli Bundesvorstands	Brüssel
6. - 9. Sept.	Plenarsitzung in Straßburg, einschl. Treffen mit Kommissarin Malmström	Straßburg

Termine - Vorausschau*

09.-12. Sept.	Herbstklausur der FDP-Fraktion des bayerischen Landtags	Herzogenaurach
12. Sept.	Straßenfest Berg am Laim und Corso Leopold mit EU-Diskussion	München
13.-16. Sept.	Ausschuss- und Fraktionssitzungen	Brüssel
14. Sept.	Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, Bayerische Landesvertretung	Brüssel
16. Sept.	"Night-Wiesn" in der Kulturfabrik	München
18. Sept.	Referentin beim FDP Landesfachausschuss Familie zum Thema „Mutterschutz“	München
19. Sept.	Regionalkonferenz der FDP	Ulm

*Dies ist nur eine Auswahl von Terminen

Aus dem "EU-Jargon"

Der Koordinator

In jedem Ausschuss des Europäischen Parlaments gibt es Koordinatoren - einen pro Fraktion. Ihre Aufgabe ist es, wie schon der Name sagt, die Arbeiten der Ausschüssen zu koordinieren, um so wenig Zeit wie möglich, mit nicht-inhaltlicher Arbeit zu verlieren. Darunter fällt zum Beispiel die Verteilung von Berichten und Schattenberichten auf die Mitglieder eines Ausschusses, sowie die Vorbereitung von Entscheidungen zu allgemeinen Tätigkeiten eines Ausschusses (Delegationsreisen, öffentliche Anhörungen, Ziele und Strategie einer Fraktion innerhalb eines Ausschusses, etc.). Definitiv nicht ihre Aufgabe ist die inhaltliche Arbeit, d.h. das Verfassen von Berichten, Stellungnahmen, Änderungsanträgen, etc. Dies bleibt ausschließlich den Mitgliedern überlassen.

Die Koordinatoren treffen sich regelmäßig - normalerweise in einer Ausschuss-Woche. Ihr Aufgaben- und Einflussbereich variiert je Ausschuss, in einigen Fällen können sie allerdings sehr viele Entscheidungen schon vorab treffen und somit die Mitglieder von dieser Arbeit entlasten. Wenn Entscheidungen nicht im Konsens erreicht werden können, wird abgestimmt, wobei jeder Koordinator das Stimmgewicht erhält, das der Stärke seiner Fraktion im Ausschuss entspricht.

Kontakt & Impressum

Kontakt - Europa & Impressum

Nadja Hirsch, MdEP
60, rue Wiertz, ASP 10G146
B-1047 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 2 28 45573
nadja.hirsch@europarl.europa.eu
www.europahirsch.eu

EMPL-Ausschuss: Ruth Steinhoff
LIBE-Ausschuss: Nadia El Bennich
CULT-Ausschuss: Nina Elzer
Presse & Öffentlichkeit: Nina Elzer

V.i.S.d.P. Nadja Hirsch, MdEP

Kontakt - Wahlkreis

Europabüro München
Kontaktperson: Claudia Kunze
Rindermarkt 6, D-80331 München
Tel.: +49-89-126009-22
Fax: +49-89-126009-30

Europabüro Nürnberg
Hallplatz 15-19
D- 90402 Nürnberg

wahlkreis@europahirsch.de
www.europahirsch.eu

Diesen Newsletter können Sie jederzeit abbestellen mit kurzer e-mail an nina.elzer@europarl.europa.eu